

REGIONALTAGUNG

gegen die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung am Beispiel Nordrhein-Westfalen (NRW)

am 18. Dezember 2022, Alte Feuerwache, Großes Forum, Melchiorstr. 3 in Köln
(10:00 – 17:00 Uhr)

PROGRAMM

Einlass (10:00 Uhr)

AZADÎ / FED MED: Begrüßung (10:45 Uhr)

Sitzung 1:
Rechtliche und politische Einordnung der
Kriminalisierung

Edith LUNNEBACH (Rechtsanwältin, Köln):
Die 1980er Jahre: Der große „Düsseldorfer Prozess“ ist in die Geschichte der deutschen Justiz eingegangen und gilt als Auftakt der strafrechtlichen Verfolgung von Kurdinnen und Kurden in Deutschland. Rechtsanwältin Edith Lunnebach gehörte zu den Verteidiger:innen in diesem ersten großen Verfahren.
(11:00 – 11:15 Uhr)

Frank JASENSKI (Rechtsanwalt, Gelsenkirchen):
Er hat bereits mehrere kurdische Aktivisten in sogenannten Terrorismus-Prozessen nach §§ 129a/b StGB verteidigt. Darüber, wie sich diese Verfahren auf die Angeklagten auswirken und welche Möglichkeiten der Einflussnahme die Verteidiger:innen auf den Prozessverlauf haben, wird er berichten.
(11:15 – 11:30 Uhr)

Cansu ÖZDEMİR (Ko-Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Bürgerschaft Hamburg):
Geht der Frage nach, welche Auswirkungen die deutsch-türkischen Beziehungen auf die kurdischen Exil- und Solidaritätsstrukturen haben.
(11:30 – 11:45 Uhr)

Diskussion (11:45 – 12:30 Uhr)

Mittagspause: (12:30 – 14:00 Uhr)

Sitzung 2:
„Repression trifft Einzelne, gemeint sind wir alle“

Zwar zielt die Repression auf die Strukturen der kurdischen Bewegung und Organisationen ab, doch betroffen sind immer auch Einzelne.

Ayten KAPLAN (ehem. Vorstandsmitglied der Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland, YEK-KOM):
Seit Jahrzehnten werden auch in NRW politisch aktive Kurdinnen und Kurden strafrechtlich verfolgt, Demon-

strationen und Veranstaltungen behindert oder verboten und die kurdische Selbstorganisation angegriffen. Über ihre Erfahrungen wird sie berichten.
(14:00 – 14:15 Uhr)

Ali KAYA (ehemaliger Geschäftsführer des Mezopotamien-Verlages, Neuss):
Deutscher Staat für Vernichtung kurdischer und internationaler Kultur verantwortlich
(14:15 – 14:30 Uhr)

Mustafa TUZAK (ehemaliger Angeklagter in einem „Terrorismus“-Verfahren):
Meine Aktivitäten sollten entpolitisiert, kriminalisiert und ich meiner politischen Identität beraubt werden. Vor Gericht stand meine politische Gesinnung.
(14:30 – 14:45 Uhr)

Heike GEISWEID (Rechtsanwältin, (Vorstandsvorsitzende von MAF DAD):
Ausweisungen, Asylwiderrufe, Einbürgerungsverweigerungen:
Migrationsrecht als staatliches Mittel der Repression von Kurdinnen und Kurden
(14:45 – 15:00 Uhr)

Diskussion (15:15 – 16:00 Uhr)

Sitzung 3:
Politische Gegenwehr und praktizierte Solidarität

Monika MORRES (AZADÎ e.V.):
Im April 1996 wurde der Rechtshilfefonds AZADÎ als Reaktion auf das PKK-Betätigungsverbot gegründet. Berichtet wird über die konkrete Arbeit und Möglichkeiten, gegen die Kriminalisierung und Stigmatisierung der kurdischen Gemeinschaft in Deutschland zu intervenieren und Betroffene zu unterstützen.
(16:00 – 16:15 Uhr)

Henning v. STOLTZENBERG, (Rote Hilfe e.V.):
Solidarität mit allen, die in Deutschland wegen ihrer politischen Betätigung verfolgt werden
(16:15 – 16:30 Uhr)

Diskussion und Abschluss: (16:30 – 17:00 Uhr)

Rechtshilfefonds AZADÎ e.V.
Hansaring 82 · 50670 Köln

**Verein für Demokratie und Internationales Recht,
MAF DAD e.V.**
Hansaring 82 · 50670 Köln

Föderation der freiheitlichen Gesellschaft Mesopotamiens in NRW e.V., FED MED
Mala Kurda · Zehntstraße 7 · 51065 Köln